

Vierte Gehaltsrunde für den öffentlichen Dienst: Endlich erstes Angebot der Bundesregierung

Wien (OTS) - Die Bundesregierung hat in der heute stattgefundenen 4. Verhandlungsrunde mit einem ersten Angebot reichlich spät reagiert:

Demnach sollen 240 Millionen Euro als Gesamtvolumen zur Verfügung gestellt werden, die eine Anhebung der Gehälter im Durchschnitt um 2,3 Prozent, jedoch fallend von 3,3 bis 1,7 Prozent, bedeuten. Die Zulagen sollen demnach ebenfalls nur um 1,7 Prozent steigen. Die 3,3-prozentige Erhöhung erreichen nur Einkommensbezieher in der Höhe von brutto 1.250.- Euro.

Seitens der Gewerkschaften der öffentlichen Dienste, GÖD und GdG wurde ein Finanzbedarf von 365 Millionen Euro gefordert.

Da die Dienstgeberseite kein verbessertes Angebot legte, wurde ein Spitzengespräch mit dem Bundeskanzler und dem Vizekanzler gefordert.

"Der Bundesregierung ist die Würdigung der Leistungen der öffentlich Bediensteten ein Anliegen", schrieb Bundesministerin Bures an tausende Mitarbeiter/innen im öffentlichen Dienst. Eine Würdigung der Leistungen der öffentlich Bediensteten sieht allerdings anders aus.

Die GÖD und die GdG erwarten sich daher von der Bundesregierung ein neues, gerechtes Angebot.

Rückfragehinweis:

Hermann Feiner, GÖD - Presse
Tel.Nr.: 534-54/233 oder 0664/614-52-99

Ronald Pötzl, GdG - Presse
Tel.Nr.: 313-16/83615

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0368 2007-11-28/19:30

281930 Nov 07

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20071128_OTS0368